



Brüssel, den 27. April 2015
(OR. en)

8345/15

COASI 55
ASIE 15
CFSP/PESC 85
PE 85
ECOFIN 272
WTO 94
COHOM 35

ÜBERMITTLUNGSVERMERK

Absender: Herr Jordi AYET PUIGARNAU, Direktor, im Auftrag der Generalsekretärin der Europäischen Kommission

Eingangsdatum: 24. April 2015

Empfänger: Herr Uwe CORSEPIUS, Generalsekretär des Rates der Europäischen Union

Nr. Komm.dok.: JOIN(2015) 12 final

Betr.: GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN RAT
- Das Besondere Verwaltungsgebiet Hongkong: Jahresbericht 2014

Die Delegationen erhalten in der Anlage das Dokument JOIN(2015) 12 final.

Anl.: JOIN(2015) 12 final



EUROPÄISCHE
KOMMISSION

HOHE VERTRETERIN
DER UNION FÜR
AUSSEN- UND
SICHERHEITSPOLITIK

Brüssel, den 24.4.2015
JOIN(2015) 12 final

**GEMEINSAMER BERICHT AN DAS EUROPÄISCHE PARLAMENT UND DEN
RAT**

Das Besondere Verwaltungsgebiet Hongkong: Jahresbericht 2014

DE

DE

ZUSAMMENFASSUNG

Seit der Rückgabe Hongkongs an die Volksrepublik China im Jahr 1997 verfolgen die Europäische Union (EU) und ihre Mitgliedstaaten aufmerksam die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in der Sonderverwaltungsregion (SVR) Hongkong nach dem Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“. 1997 wurde gegenüber dem Europäischen Parlament die Verpflichtung eingegangen, jährlich einen Bericht über die Entwicklungen in Hongkong vorzulegen. Mit dem Jahresbericht 2014 wird der siebzehnte Bericht vorgelegt. Die EU verfolgt eine „Ein-China-Politik“ und unterstützt den Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ und dessen Anwendung.

Nach Auffassung der EU funktionierte der Grundsatz „Ein Land – zwei Systeme“ auch im Jahr 2014 ungeachtet aller Herausforderungen und zum Nutzen Hongkongs, Chinas als Ganzem sowie der internationalen Gemeinschaft.

Die Justiz demonstrierte weiterhin ihre Unabhängigkeit und die durchgängige Einhaltung ordentlicher Verfahren. Während der lange andauernden Kampagne des zivilen Ungehorsams folgten die Regierung, die Wirtschaftsteilnehmer und weite Teile der Bevölkerung dem Leitprinzip der Rechtsstaatlichkeit. Das entschlossene Vorgehen gegenüber der Korruption wurde weiterverfolgt, was u. a. durch die Verurteilung zweier hochrangiger Persönlichkeiten und durch positive Indikatoren für verantwortungsvolles staatliches Handeln unter Beweis gestellt wurde. Abgesehen von zwei Zwischenfällen legte die Polizei während der dreimonatigen Straßenproteste der Demokratiebewegung ein professionelles Verhalten an den Tag und vermied unverhältnismäßige Gewaltanwendung. Die Medien konnten ihre Tätigkeit weiter frei ausüben, allerdings geben Übergriffe gegen Medienvertreter zunehmend Anlass zur Besorgnis. Das System der freien Marktwirtschaft erwies sich weiterhin als effizient, und Hongkong behauptete sich als ein wettbewerbsstarkes internationales Wirtschaftszentrum und Hauptdrehkreuz für den Geschäftsverkehr mit Festlandchina.

Hongkong befindet sich in einer kritischen Phase seiner demokratischen Entwicklung, wobei die Proteste ein zuvor nicht gekanntes Ausmaß erreicht haben, und es finden intensive Diskussionen in zunehmend polarisierter Atmosphäre statt, die politische und sozioökonomische Divergenzen deutlich hervortreten lassen. Die EU bekräftigt ihr Engagement für die Stärkung der Demokratie einschließlich der Rechtsstaatlichkeit, der Unabhängigkeit der Justiz, Grundfreiheiten und Grundrechten, Transparenz sowie Informations- und Meinungsfreiheit in Hongkong.

Als Akteur in der künftigen Entwicklung Hongkongs befürwortet die EU im Einklang mit der verfassungähnlichen Konstitution der SVR Hongkong die Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Wahl des Chief Executive im Jahr 2017 und die Wahl des Legislativrats bis zum Jahr 2020. Die EU unterstützt den Wunsch der Bevölkerung Hongkongs nach einem hohen Maß an politischer Teilhabe und einer echten Wahlmöglichkeit bei der Wahl des Chief Executive im Jahr 2017 und allen folgenden Wahlen. Eine rechenschaftspflichtige Regierung trägt zu Stabilität und Wohlstand bei, hilft, die Grundrechte und Grundfreiheiten zu schützen, und wirkt daran mit, das Ansehen und die Wettbewerbsfähigkeit Hongkongs als wichtiges

internationales Wirtschaftszentrum zu festigen. Das allgemeine Wahlrecht würde der Regierung eine stärkere Unterstützung der Öffentlichkeit verschaffen und ihr eine größere Legitimation bei der Verwirklichung der wirtschaftlichen Ziele und der Bewältigung der sozialen Herausforderungen Hongkongs verleihen.

Die EU hofft, dass es Hongkong durch konstruktive Gespräche gelingen wird, zeitnah eine Einigung auf ein demokratisches, faires, offenes und transparentes Wahlsystem herbeizuführen. Danach, so die weitere Hoffnung der EU, wird unverzüglich der Prozess zur Einführung des allgemeinen Wahlrechts für die Wahl aller Mitglieder des Legislativrats im Jahr 2020 eingeleitet.

Die EU bekennt sich zur Wahrung des Grundsatzes der Souveränität, ist jedoch bereit, bei Fragen zur Wahlrechtsreform zusammenzuarbeiten und hierfür einen interparlamentarischen Austausch zur führen und praktische Erfahrungen auf dem Gebiet der demokratischen Entwicklung weiterzugeben.

POLITISCHE ENTWICKLUNGEN

Wichtigstes innenpolitisches Thema für Hongkong bleibt die Einführung des allgemeinen Wahlrechts bei der Wahl des Regierungschefs („Chief Executive“) im Jahr 2017. Gemäß dem verfassungähnlichen „Basic Law“ der SVR Hongkong folgen die Wahlen zum Chief Executive und zum Legislativrat einem in fünf Schritte gegliederten konstitutionellen Verfahren. Am 15. Juli 2014 unternahm die Regierung Hongkongs den ersten Schritt: Chief Executive Leung Chun-ying legte dem Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Chinas einen Bericht vor, in dem die Reformierung des Systems für die Wahl des Chief Executive vorgeschlagen wurde. Die Grundlage für den Bericht bildete eine fünfmonatige öffentliche Konsultation, bei der 124 700 schriftliche Vorschläge eingereicht wurden.

Laut dem Bericht des Chief Executive war die Nominierung der Kandidaten Hauptgegenstand der Debatte. In dem Bericht wurde vorgeschlagen, dass – wie im „Basic Law“ festgelegt – ein aus 1200 Mitgliedern bestehendes Komitee die Nominierung der Kandidaten vornehmen soll. Der von den pandemokratischen Oppositionsparteien befürwortete Gedanke einer Nominierung durch die Bürger oder die politischen Parteien wurde zurückgewiesen; die Opposition hatte geltend gemacht, dass die Nominierung durch ein Komitee nicht den demokratischen Normen entspreche und pandemokratische Bewerber praktisch von vornherein ausschließen würde.

Nach der öffentlichen Konsultation wurde von der Bürgerbewegung „Occupy Central with Love and Peace“ eine inoffizielle Volksabstimmung organisiert, die vom 20. bis 29. Juni durchgeführt wurde und an der fast 800 000 Bürger teilnahmen. Die Beteiligung lag damit deutlich über den Erwartungen und erbrachte eine deutliche Mehrheit für eine Kandidatennominierung durch die Bürgerschaft und die politischen Parteien. Im August sammelte die regierungsfreundliche Gruppierung „Alliance for Peace and Democracy“ 1,5 Millionen Unterschriften gegen die „Occupy Central“-Kampagne und für die von der Regierung vertretene Linie; zu den Unterzeichnern gehörten auch Chief Executive Leung Chun-ying und weitere hochrangige Amtsträger.

Weiter angeheizt wurde die Debatte durch die Veröffentlichung eines Weißbuchs mit dem Titel „Die Praxis der ‚Ein Land – zwei Systeme‘-Politik in der SVR Hongkong“, das der chinesische Staatsrat am 10. June 2014 veröffentlichte. In dem Weißbuch wurde betont, dass das Hongkong gewährte hohe Maß an Autonomie unter dem Vorbehalt der Autorität der Zentralregierung stehe, die über umfassende Befugnisse für die Regierung der SVR verfüge; außerdem wurde die Notwendigkeit hervorgehoben, die Souveränität Chinas sowie die Sicherheit und die Entwicklungsinteressen des Landes zu schützen. Darüber hinaus wurde in dem Weißbuch auch die „Liebe zum Land“ als grundlegende politische Anforderung an die Verwaltungsbeamten Hongkongs, einschließlich der Richter und der sonstigen Justizbediensteten, genannt. Während von Vertretern der Zentralregierung versichert wurde, dass mit dem Weißbuch lediglich die bestehende Situation dargelegt und keine neue Strategie verfolgt werde, wurde das Papier in Hongkong vielfach als ein Versuch angesehen, das „hohe Maß an Autonomie“ zu verringern und die Unabhängigkeit von Hongkongs Justiz zu untergraben.

Am 31. August 2014 fasste der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses einen einstimmigen Beschluss über den Rahmen für die 2017 anstehende erste Wahl des Chief Executive, bei der nach dem Grundsatz „One Person, One Vote“ jeder Wahlberechtigte eine Stimme abgeben kann. Gemäß dem beschlossenen Rahmen können sich nur zwei oder drei Kandidaten, die von dem 1200-köpfigen Nominierungskomitee mindestens 601 Stimmen erhalten, um das Amt des Chief Executive bewerben. Das Nominierungskomitee, das nach dem Vorbild des gegenwärtigen Wahlkomitees besetzt wird, wird in vier Sektoren gegliedert sein, seine Mitglieder werden von rund 250 000 abstimmberechtigten Einzelpersonen und Organisationen ausgewählt.

Der Beschluss des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses wurde weithin als restriktiver als erwartet empfunden – nach Meinung der Oppositionsgruppen ungerechtfertigt restriktiv. Die Hongkonger Anwaltskammer bezeichnete den Beschluss als „unangemessen restriktiv“. Die Regierung und der Präsident des Legislativrats argumentierten, dass der Beschluss noch in vielen Bereichen Flexibilität biete, die dazu genutzt werden könne, den demokratischen Charakter des Wahlsystems stärker zur Geltung zu bringen.

Die augenfälligste Reaktion auf den Beschluss war eine Kampagne, die im September von verschiedenen Studentengruppen und anderen Aktivisten der Demokratiebewegung gestartet wurde. Am 27. September begannen Aktivisten damit, die Hauptverkehrsader Hongkongs zu blockieren und Menschenketten um die wichtigsten Parlaments- und Regierungsgebäude zu bilden. Der massive Tränengaseinsatz der Polizei vom 28. September, der von vielen als unverhältnismäßig angesehen wurde, löste heftige Demonstrationen aus, an denen Schätzungen zufolge bis zu 100 000 Menschen teilnahmen. Trotz einzelner gewalttätiger Vorfälle verliefen die Proteste weitgehend friedlich und auch die Polizeikräfte setzten kaum Gewalt ein. Angesichts zunehmender Ablehnung durch die Öffentlichkeit ließen die Demonstrationen mit der Zeit nach. Nach Gerichtsbeschlüssen wurden die Straßenblockaden bis zum 15. Dezember nach und nach geräumt.

Die Regierung zögerte lange, Gespräche mit den Protestierenden aufzunehmen, um einen Kompromiss herbeizuführen. Während der Demonstrationen forderten mehrere führende internationale Persönlichkeiten, darunter UN-Generalsekretär Ban Ki-moon, der britische Premierminister David Cameron und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Catherine Ashton, beide Seiten in Erklärungen zur Zurückhaltung und zu einer friedlichen Lösung der verfahrenen politischen Situation auf.

Die Demonstrationen waren zwar politischen Ursprungs, legten jedoch erhebliche sozioökonomische Missstände offen. Den Hintergrund bildeten Probleme bei der Sicherung des Lebensunterhalts und ein – insbesondere unter jungen Menschen – verbreitetes Gefühl, von einem politischen System wirtschaftlich entrichtet zu werden, das ihrer Auffassung nach die Interessen der Wirtschaftselite bevorzugt, welcher vorrangig an der Aufrechterhaltung ihrer guten Beziehungen zur Zentralregierung gelegen ist.

Wissenschaftliche Untersuchungen haben ergeben, dass sich Hongkongs Jugend wesentlich stärker mit Hongkong als mit China als Ganzem identifiziert, und dass sie Einschritte Chinas bei Rechtsstaatlichkeit, Rechten und Freiheiten Hongkongs befürchtet. Am 7. Januar 2015 legte die Regierung der SVR Hongkong außerhalb des eigentlichen, fünf Schritte umfassenden Prozesses einen Bericht über Meinungen und Erwartungen der Einwohner Hongkongs vor, der den Zeitraum vom 31. August bis zum 15. Dezember 2014 abdeckt. Mit dem Bericht kam die Regierung den Forderungen der demonstrierenden Studenten entgegen, stieß bei diesen jedoch auf Kritik, weil sie die Kernanliegen der Demonstranten nicht aufgriff.

Legislativrat

Die Beziehungen zwischen Exekutive und Legislative waren im Jahr 2014 einer zunehmenden Belastung ausgesetzt: Vertreter der Opposition initiierten eine Kampagne zur Verweigerung der Zusammenarbeit und setzten Verschleppungstaktiken ein, um Initiativen der Regierung zu verzögern. Mehrfach nutzte der Präsident des Legislativrats seine Ermessensbefugnis, um Debatten zu beenden; als diese Vorgehensweise vor Gericht angefochten wurde, entschied das Gericht zugunsten des Präsidenten. Die Debatten im Legislativrat könnten von eindeutiger formulierten, schriftlich festgelegten Regeln für die Debattenführung profitieren.

Im April traf eine Delegation des Legislativrats unter Führung des Präsidenten in Shanghai mit führenden Beamten der Zentralregierung zusammen, um über eine Rechtsreform zu beraten. Im Juni und November stürmten radikale Demonstranten den Gebäudekomplex des Legislativrats in Hongkong, wobei mehrere Bedienstete des Legislativrats verletzt wurden und Schäden an den Gebäuden entstanden.

Rechtsstaatlichkeit und Justiz

Die Rechtsstaatlichkeit blieb im Jahr 2014 grundsätzlich gewahrt und die Justiz behielt ihre hohen Standards bei. Mehrfach wurden von Parteien Entscheidungen der Gerichte beantragt, die erhebliche politische Auswirkungen nach sich zogen, doch arbeiteten die Gerichte weiterhin unabhängig und professionell und ließen sich nicht von äußeren Faktoren oder politischen Überlegungen beeinflussen. Als herausragende Beispiele sind mehrere

gerichtliche Anordnungen zu nennen, die von Wirtschaftsteilnehmern beantragt wurden, welche die Rechtmäßigkeit der Straßenblockaden bei den von September bis Dezember andauernden Demonstrationen in Frage stellten. Die Verfahrensschritte wurden von den Gerichten ordnungsgemäß eingehalten – beide Parteien hatten gleichberechtigten Zugang zum Gericht, Verfahrenshilfe wurde gewährt, die Verhandlungen waren öffentlich, und die Entscheidung des Gerichts wurde veröffentlicht und befolgt. Die Verurteilungen eines ehemaligen Chefsekretärs der Regierung und eines Immobilien-Tycoons wegen Korruption – beide blieben bis zur Entscheidung über ihre Berufung inhaftiert – stellen die Unparteilichkeit von Honkongs Justiz ebenfalls unter Beweis.

Im Bericht des Weltwirtschaftsforums zur Wettbewerbsfähigkeit 2014/2015, dem „Global Economic Competitiveness Report 2014-2015“ rangiert Hongkong bei der Gerichtsbarkeit unter 144 Ländern auf Rang 5, bei der Unabhängigkeit der Justiz in Asien auf Rang 1. Für einige Probleme müssen noch Lösungen gefunden werden, so z. B. für die Schwierigkeiten bei der Bestellung von Richtern, den Mangel an Gerichtspersonal sowie geringe Anwaltshonorare in Fällen, in denen Prozesskostenhilfe gewährt wird, insbesondere in Strafsachen. Die Wahrung der Unabhängigkeit der Justiz und die uneingeschränkte Achtung der Rechtsstaatlichkeit sind entscheidende Voraussetzungen dafür, dass es Hongkong gelingt, seine demokratische Glaubwürdigkeit, seinen Ruf als internationales Wirtschaftszentrum und seine zunehmend bedeutendere Rolle als internationales Zentrum für Schiedsgerichtsbarkeit und Schlichtung zu festigen.

Rechtsdurchsetzung

Die öffentliche Ordnung konnte 2014 in Hongkong insgesamt verbessert werden; die Zahl der Straftaten sank nach Auskunft von Polizeichef Andy Tsang gegenüber dem Vorjahr um 7,1 %. Die Kriminalitätsrate ging weiter zurück: von 72911 auf 67740 Straftaten, die niedrigste Zahl seit 1997.

Auch während der Phase des zivilen Ungehorsams wahrte die Polizei bei ihren Operationen ein hohes Maß an Transparenz, sie verhielt sich bis auf wenige erwähnenswerte Ausnahmen professionell und wahrte bei Gewaltanwendungen die Verhältnismäßigkeit. Zu den Ausnahmen zählten der übermäßige Einsatz von Tränengas am 28. September und der Schlagstockeinsatz am 15. Oktober, als sieben Polizeibeamte gegen einen Demonstranten vorgingen – ein Vorfall, der von einem lokalen Fernsehsender festgehalten wurde. Die Gerichtsverhandlung gegen die sieben Polizeibeamten steht noch aus.

Während der Proteste wurden insgesamt 955 Personen wegen verschiedener Straftaten in Polizeigewahrsam genommen. Die Polizei setzte sich zum Ziel, sämtliche Ermittlungen binnen drei Monaten abzuschließen. Bislang wurden 30 Anführer der Protestbewegung festgenommen und anschließend bis zum Abschluss der Ermittlungen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Bei der Beschwerdestelle der Polizei (Complaints Against Police Office) gingen 1972 Beschwerden ein, von denen allerdings nur 106 zugelassen wurden (die übrigen Beschwerden wurden überwiegend von Mitgliedern der Öffentlichkeit aufgrund der

Berichterstattung in den Medien oder von Filmmaterial eingereicht). Die Ermittlungen, u. a. auch im Fall des von den Polizeikräften misshandelten Demonstranten, wurden von Mitgliedern des unabhängigen Beschwerderats für gegen die Polizei gerichtete Beschwerden (Independent Police Complaints Council) beobachtet.

Korruptionsbekämpfung

Die Korruption, auch in der öffentlichen Verwaltung, galt grundsätzlich als gut unter Kontrolle. Das System zur Korruptionsbekämpfung erwies sich weiterhin als robust und widerstandsfähig, wenngleich Hongkong im Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International für das Jahr 2014 um zwei Plätze auf Rang 17 von 175 Ländern abrutschte.

Nach dieser Befragung, die von einem unabhängigen Befragungsunternehmen durchgeführt wurde, gaben lediglich 1,5% der befragten Personen an, dass sie in den zurückliegenden 12 Monaten mit Korruption in Berührung gekommen waren. 81% der Befragten hielten die Arbeit der Antikorruptionskommission (ICAC) für wirkungsvoll, 97% beurteilten sie als unterstützenswert. Im Jahr 2014 führte die ICAC in 114 Fällen Untersuchungen gegen insgesamt 222 Personen durch. Die nach Personen gemessene Verurteilungsquote stieg gegenüber dem Jahr 2013 von 78% auf 85%, während die an den Fallzahlen gemessene Verurteilungsquote von 81% auf 87% stieg. Von allen im Jahr 2014 bei der ICAC eingegangenen Beschwerden wegen Korruption betrafen 63% den privaten Sektor, 30% Regierungsstellen und 7% öffentliche Einrichtungen.

Derzeit untersucht die ICAC mehrere Beschwerden, die hochrangige Persönlichkeiten betreffen. Eine der Beschwerden betrifft angebliche illegale politisch motivierte Spenden des Eigentümers von Next Media, Jimmy Lai, an mehrere pandemokratische Parteien und Politiker. Eine weitere Beschwerde betrifft die angebliche Annahme einer illegalen, nicht deklarierten Zahlung eines privaten Unternehmens durch Chief Executive Leung Chun-ying nach seinem Amtsantritt als Chief Executive, wenngleich die betreffende Leistung vor diesem Zeitpunkt erbracht wurde. Um jeden Anschein der Voreingenommenheit oder Parteilichkeit bei der Bearbeitung des Falls zu vermeiden, übertrug der Justizminister die Befugnis zur Bearbeitung dieser Beschwerde dem Leiter der Staatsanwaltschaft. Eine weitere Untersuchung betrifft einen Vorwurf gegen den früheren Chief Executive Donald Tsang, welcher sich auf das Jahr 2012 bezieht. An diesen Fällen wird sich erweisen, ob die ICAC und die Justiz in der Lage sind, in Korruptionsfällen, die hochrangige Persönlichkeiten betreffen, unabhängig, unparteiisch und frei von politischer Rücksichtnahme zu ermitteln und Recht zu sprechen. Die Verurteilungen eines ehemaligen Chefsekretärs der Regierung und eines Immobilien-Tycoons vom 23. Dezember legen nahe, dass die ICAC und die Justiz ihren Pflichten zur Korruptionsbekämpfung ohne Ansehen der Person nachkommen.

Chancengleichheit

Am 8. Mai 2014 brachte der Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Vereinten Nationen seine Bedenken zu folgenden Themenbereichen zum Ausdruck und gab Empfehlungen dazu ab: (i) dem Fehlen umfassender Institutionen und Rechtsvorschriften zum Schutz der Menschenrechte, (ii) einer Zunahme der Probleme bei

Einwanderungsangelegenheiten sowie mangelndem Schutz von Flüchtlingen, Asylbewerbern und Wanderarbeitnehmern und (iii) dem Mangel an Sozialwohnungen sowie den zunehmenden sozialen und wirtschaftlichen Ungleichheiten unter der Bevölkerung Hongkongs.

Im Rahmen einer öffentlichen Konsultation der Kommission für Chancengleichheit (Equal Opportunities Commission – EOC) zur Überarbeitung der Rechtsvorschriften gegen Diskriminierung gingen 100000 Beiträge ein. In der zweiten Jahreshälfte 2015 wird die EOC einen Bericht mit Empfehlungen an die Regierung vorlegen. Außerdem wird sie Empfehlungen zur Förderung der Gleichstellung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LGBTI-Personen) durch gesetzgeberische und praktische Maßnahmen formulieren. Mit der Überarbeitung der Rechtsvorschriften Hongkongs zu gleichgeschlechtlichen Eheschließungen und Eheschließungen von Transgender-Personen wurde begonnen.

Als ein positiver Schritt ist zu verzeichnen, dass die Regierung den seit langem bestehenden Forderungen der Interessenvertretungen ethnischer Minderheiten nachkam und in die Lehrpläne der Schulen besondere Regelungen für Schüler aufnahm, deren Muttersprache nicht das Chinesische ist. Ab dem Schuljahr 2014/2015 führte die Regierung an Primar- und Sekundarschulen einen Lehrplan für Chinesisch als Zweitsprache mit begleitenden Lernmaterialien und zugehörigem Bewertungsinstrumentarium ein.

Am 23. Oktober sprach der Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau der Vereinten Nationen die Empfehlung aus, dass Hongkong das Mandat der Frauenkommission stärken und sich für eine bessere Vertretung der Frauen im öffentlichen und im politischen Leben einsetzen solle. Ferner forderte der VN-Ausschuss verstärkte Anstrengungen zur Bekämpfung der grundlegenden Ursachen von Frauen- und Mädchenhandel und die Verabschiedung von Gesetzen, mit denen der Menschenhandel unterbunden wird. In einer weiteren Empfehlung wurde zum Ausdruck gebracht, dass ausländische weibliche Haushaltshilfen besser vor Diskriminierung und Missbrauch durch ihre Arbeitgeber sowie durch Personalvermittlungsagenturen geschützt werden sollten.

Konkrete Schritte zur besseren Gleichstellung von Frauen und Männern wurden mit der für alle Dienststellen der Regierung geltenden Vorschrift unternommen, dass bei der Ausarbeitung politischer Maßnahmen die Gender-Mainstreaming-Checkliste einzuhalten ist. Außerdem verpflichtete sich die Regierung dazu, den Frauenanteil in beratenden und öffentlichen Gremien von 30 % auf 35 % zu erhöhen. Am 18. Dezember verabschiedete der Legislativrat eine Änderung des Arbeitsgesetzes, mit der männliche Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft Anspruch auf bis zu drei Tage Vaterschaftsurlaub erhalten.

Medien

Am 23. April wurde erstmals der Pressefreiheitsindex für Hongkong veröffentlicht, demzufolge die Pressefreiheit in Hongkong von Journalisten mit 42 von 100 Punkten bewertet wurde, während die Pressefreiheit von der Öffentlichkeit mit 49,4 Punkten geringfügig besser eingestuft wurde. Die Selbstzensur gab auch weiterhin Anlass zu erheblicher Sorge.

Journalisten schätzten die Selbstzensur auf einer Skala von 0 bis 10 (10 = „sehr verbreitet“) mit einem Wert von 6,9 ein, die Öffentlichkeit mit einem Wert von 5,4. Journalisten ordneten dem Druck von Eigentümern und Geschäftsleitung einen Wert von 6,5 zu, die Öffentlichkeit einen Wert von 6,2.

Im Juli 2014 legte der Hongkonger Journalistenverband seinen 21. Jahresbericht unter dem Titel „Pressefreiheit unter Belagerung – Meinungsfreiheit in Hongkong ernsthaft in Gefahr“ vor. Diesem Bericht zufolge war 2014 das für die Pressefreiheit schwärzeste Jahr seit Jahrzehnten. Mehrfach wurden Journalisten angegriffen; im Februar wurde Kevin Lau, ehemaliger Chefredakteur der „Ming Pao Daily News“ Opfer eines brutalen Angriffs; verschiedentlich wurden Journalisten entlassen, in anderen Fällen wurden Journalisten, die sich kritisch geäußert hatten, in weniger öffentlichkeitswirksame Ressorts versetzt. Hierdurch geriet die redaktionelle Glaubwürdigkeit der Presse unter Druck. Zwischen dem 22. September und dem 29. Oktober verzeichnete der Journalistenverband 24 Übergriffe gegen Journalisten; der Polizei wurde übermäßige Gewaltanwendung und die Behinderung der Medien vorgeworfen. Ein Vorfall, bei dem Journalisten von unbekannten Angreifern attackiert worden waren, wurde am 26. Oktober vom Chief Executive und der Regierung Hongkongs scharf verurteilt. Mehrfach wurden Angriffe gegen den regierungskritischen Medienmogul Jimmy Lai verübt, darunter Ende 2014 auch ein Brandanschlag.

Ernste Bedenken wurden auch im Hinblick auf die Freiheit der elektronischen Medien laut, nachdem die Hongkonger Regierung Hong Kong Television Network, einem der innovativsten Antragsteller, keine TV-Sendelizenz erteilt hatte.

Internationale Organisationen beklagten ebenfalls einen Rückgang der Pressefreiheit in Hongkong. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ führte Hongkong 2014 in ihrem „Press Freedom Index“ auf Rang 61, nach Rang 58 im Jahr 2013 und Rang 18 im Jahr 2012. Die Organisation konstatierte: „Chinas zunehmendes wirtschaftliches Gewicht verschafft der Regierung die Möglichkeit, ihren Einfluss auf die Medien in Hongkong, Macau und Taiwan auszuweiten ... Mittlerweile ist in diesen drei Gebieten die Unabhängigkeit der Medien in Gefahr.“

Wenngleich die Medien in Hongkong weiterhin frei agieren und eine große Vielfalt an Meinungen veröffentlichen, könnten politischer und wirtschaftlicher Druck eine Gefahr für die redaktionelle Unabhängigkeit bedeuten. Zudem geben die mehrfachen, zum Teil massiven Übergriffe gegen Journalisten Anlass zur Sorge und erfordern anhaltende Wachsamkeit der Behörden.

WIRTSCHAFTLICHE ENTWICKLUNGEN

Hongkong behauptet sich im Gefolge der rasch wachsenden chinesischen und asiatischen Wirtschaft weiter als ein florierendes internationales Finanz- und Handelszentrum Ostasiens. In den Bereichen Aktienhandel, privates Beteiligungskapital, Vermögensverwaltung und Devisen zählt Hongkong nach wie vor zu den führenden Märkten weltweit. Ende 2014 rangierte der Hongkonger Aktienmarkt gemessen an der Marktkapitalisierung unter den größten asiatischen Märkten auf Platz 3 und weltweit auf Platz 7. Hongkong erwies sich als

zweitgrößtes Zentrum für privates Beteiligungskapital in Asien; Ende September 2014 wurden in der SVR rund 21 % des Gesamtkapitalpools in der Region verwaltet. Nach einer alle drei Jahre durchgeführten Umfrage der Bank for International Settlements war Hongkong mit einem Nettotagesumsatz an Devisentransaktionen in Höhe von fast 275 Mrd. USD im Jahr 2013 der fünftgrößte Devisenmarkt der Welt. Eine Welle von Abschlüssen zum Jahresende katapultierte Hongkong im Jahr 2014 in puncto Kapitalbeschaffung (Initial Public Offerings – Erstemissionen) auf Platz 2 hinter New York.

Hongkong ist zudem einer der größten Empfänger und eine der größten Quellen für ausländische Direktinvestitionen weltweit. Laut dem „World Investment Report 2014“ der Konferenz für Handel und Entwicklung der Vereinten Nationen war Hongkong nach China zweitgrößter Empfänger und hinter Japan und China drittgrößte Quelle ausländischer Direktinvestitionen in Asien. Dabei profitierte Hongkong vor allem von seinen Institutionen, seiner geografischen Lage und seiner Expertise im Dienstleistungssektor – all dies untermauert durch den Aspekt der Rechtsstaatlichkeit. Die wirtschaftliche Integration mit Festlandchina gestaltete sich im Jahr 2014 mit der weiteren Entwicklung des Offshore-Renminbi-Geschäfts, der Verbindung zwischen den Börsen in Hongkong und Shanghai und beträchtlichen Investitionen von Unternehmen mit Sitz auf dem chinesischen Festland in Hongkong zunehmend enger. In vielen weltweiten Erhebungen zur Messung von wirtschaftlicher Freiheit und Wettbewerbsfähigkeit konnte Hongkong seine Spitzenwerte halten.

Hongkongs BIP wuchs nach einem Rückgang um 2,9 % im Jahr 2013 im Jahr 2014 real um 2,3 %.¹ Treibende Kräfte für das Wachstum waren hauptsächlich der Inlandsverbrauch und die Ausfuhr von Dienstleistungen. Der Arbeitsmarkt erwies sich als widerstandsfähig, die Arbeitslosenquote blieb während eines Großteils des Jahres unter 3,3 %. Die Verbraucherpreisinflation stieg 2014 um 4,4 %. Die gesamte Warenausfuhr nahm 2014 gegenüber dem Vorjahr um 3,2 % zu, nachdem sie 2013 bereits um 3,6 % gestiegen war. Die Gesamtzahl der Besucherankünfte erhöhte sich 2014 um 12 % auf 60,8 Millionen. Behauptungen, dass die „Occupy Central“-Bewegung die Wirtschaft beeinträchtigt habe, ließen sich durch die Wirtschaftsdaten nicht belegen, wenngleich die in den Protestzonen gelegenen Unternehmen Einbußen hinnehmen mussten. Die Umsätze im Einzelhandel hatten bereits lange vor den Demonstrationen nachgegeben: Bei den Einkäufen gängiger Luxusartikel (wie Schmuck und Uhren) durch Touristen war – bedingt durch das verlangsamte Wachstum der chinesischen Wirtschaft und die Anstrengungen zur Korruptionsbekämpfung auf dem Festland – ein Rückgang im zweistelligen Bereich zu verzeichnen.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Hongkong und Festlandchina wurden durch Handel und grenzüberschreitende Investitionen und durch die Entwicklung Hongkongs als Offshore-RMB-Zentrum weiter vertieft. Im Jahr 2014 verfügte Hongkong mit mehr als

¹ Soweit nicht anders angegeben, stammen alle auf Hongkongs Wirtschaft bezogenen Wirtschaftsindikatoren vom Hong Kong Census and Statistics Department.

1 Billion CNY über den größten Pool an Renminbi-Einlagen außerhalb Chinas. Im November 2014 hob die Hongkonger Währungsbehörde mit Zustimmung der Zentralregierung die Deckelung für den Tagesumtausch von 20 000 CNY für Einwohner Hongkongs auf. Diese Änderung machte den Weg für einen ungehinderteren RMB-Kapitalfluss zwischen den Onshore- und den Offshore-RMB-Devisenmärkten frei und dürfte ein breiteres Wachstum des Offshore-RMB-Devisenmarktes erleichtern. Während Hongkong von einem beträchtlichen Ersteinsteiger-Vorteil profitiert, nimmt inzwischen der Wettbewerbsdruck zu, da die Zentralregierung das RMB-Geschäft nach und nach auch für andere Finanzzentren öffnet.

Hongkong blieb Versuchsfeld für Chinas Kapitalmarktreform. Am 17. November 2014 nahm die Verbindung der Börsenplätze Shanghai und Hongkong, die Shanghai-Hong Kong Stock Connect, ihren Betrieb auf. Das Pilotprojekt ist als ein Programm für den wechselseitigen Marktzugang angelegt, das Investoren in Hongkong und Festlandchina die Möglichkeit bietet, Aktien, die im jeweils anderen Markt gelistet werden, über eine in ihrem eigenen lokalen Markt angesiedelte Börse und Clearing-Stelle zu erwerben und zu handeln. Wenngleich der Handel zunächst nur schleppend anlief, ist davon auszugehen, dass mit der weiteren Entwicklung und zunehmender Reife des Pilotprojekts chinesische Investitionen in Hongkong und umgekehrt deutlich zunehmen werden. Ferner wird erwartet, dass hierdurch eine stärkere Einbindung der chinesischen Kapitalmärkte in die globale Wirtschaft erwächst. Durch das Pilotprojekt wurde Hongkongs führende Rolle als Offshore-RMB-Zentrum begründigt.

Zusätzlich zur Zusammenarbeit im finanziellen Bereich unterzeichneten Hongkong und China im Rahmen der Vereinbarung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft (Closer Economic Partnership Arrangement – CEPA) am 18. Dezember ein Nebenabkommen, mit dem der Handel mit Dienstleistungen zwischen der Provinz Guangdong und Hongkong liberalisiert werden soll. Die Vereinbarung wurde als ein Modell für die grundlegende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen für ganz China vorgestellt.

Im Jahr 2011 hatte die Zentralregierung eine grundlegende Liberalisierung des Handels mit Dienstleistungen zwischen dem Festland und Hongkong bis zum Ablauf des zwölften nationalen Fünfjahresplans im Jahr 2015 in Aussicht gestellt.

Was die Außenbeziehungen anbelangt, so spielte Hongkong eine aktive Rolle in der Welthandelsorganisation (WTO) und setzte sich weiter für die Liberalisierung des Welthandels ein. In diesem Zusammenhang teilte Hongkong als erstes WTO-Mitglied der WTO die Ausweisung aller Bestimmungen in Abschnitt I des Übereinkommens über Handelerleichterungen als Verpflichtungen der Kategorie „A“ mit. Außerdem beteiligte sich Hongkong an den Verhandlungen über das Informationstechnologie-Übereinkommen, das Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen und das Übereinkommen über Umweltprodukte und -dienstleistungen. Im Bestreben, sein bestehendes Netz an Freihandelsabkommen zu ergänzen, nahm Hongkong im Juli 2014 Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen mit dem ASEAN auf.

Die Regierung Hongkongs versprach, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum aufrecht zu erhalten, das die Grundvoraussetzung dafür bietet, die Probleme Hongkongs in den Bereichen Wohnungsbau, Armut, Bevölkerungsalterung und Umwelt anzugehen. Nach der erstmaligen

Veröffentlichung einer offiziellen Armutsgrenze im Jahr 2013, der zufolge die Armutgefährdungsquote bei 15,2 % lag, verfolgte die Regierung das Ziel, die Beschäftigung anzukurbeln und das System der sozialen Sicherheit zu verbessern. Als konkrete Maßnahme zur Armutsbekämpfung wurde 2014 u. a. ein Programm aufgelegt, das Beihilfen für Familien mit niedrigen Einkommen vorsieht,² und Bezieher niedriger Einkommen erhielten einen einmaligen Zuschuss. Das Gesundheitsgutschein-Pilotprogramm für Senioren (Elderly Health Care Voucher Pilot Scheme) wurde 2014 auf 2000 HKD verdoppelt, außerdem wurden neue Preisermäßigungen für Senioren im öffentlichen Personenverkehr eingeführt. Die Hongkonger Regierung erwarb Plätze in Seniorenheimen in Shenzhen, ähnliche Regelungen andernorts auf dem Festland sind im Gespräch.

Der Begriff eines „Zukunftslands“ für die Finanzierung der Infrastruktur in Zeiten eines anhaltenden Defizits wurde erstmals von Finanzminister John Tsang in seinem Haushaltsplan 2014/2015 angesprochen. Traditionell erfreut sich Hongkong einer soliden Haushaltsslage (mit ausgeglichenem Haushalt) und umfangreicher Reserven.³ Minister Tsang mahnte allerdings mit Blick auf die langfristige Stabilität des Haushalts zur Vorsicht. Er warnte davor, dass Hongkong in sieben bis fünfzehn Jahren ein strukturelles Defizit drohen könnte, wenn die Wirtschaft einen Reifezustand erreicht habe und durch eine alternde Bevölkerung gebremst werde. Die Regierung hat damit begonnen, Möglichkeiten zu untersuchen, wie das Problem der Bevölkerungsalterung angegangen werden kann, z. B. durch Altersvorsorge und ein freiwilliges Krankenversicherungssystem.

Die Preise für Wohneigentum sind in Hongkong in den letzten fünf Jahren unaufhaltsam gestiegen und zählen inzwischen zu den höchsten der Welt. Die Nachfrage wird durch niedrige Zinsen in Verbindung mit einer stabilen Währung angefacht, während das von der Regierung kontrollierte Angebot an Baugrundstücken immer mehr zurückgeht. In den Jahren 2010 bis 2013 wurde eine Reihe von Verwaltungsmaßnahmen eingeführt, um die Nachfrage zu dämpfen, darunter eine Stempelsteuer auf Immobiliengeschäfte. Dennoch zogen die Preise für Wohneigentum auch 2014 weiter an, wenngleich in etwas abgeschwächter Form.⁴ Die Immobilienpreise sind für die meisten jungen Leute immer noch unbezahlbar. Auch bedingt durch den raschen Anstieg der Immobilienpreise hat das Wohlstandgefälle weiter zugenommen. Die Regierung führte daher eine neue langfristige Strategie für den Wohnungsbau ein, durch die diejenigen unterstützt werden sollen, die auf Zugang zu bezahlbarem Wohnraum angewiesen sind. In den nächsten 10 Jahren will die Regierung 470 000 neue Wohnungen bereitstellen; damit würden 60 % des gesamten Wohnraums auf öffentlich bezuschusste Wohnungen entfallen.

² Das Low Income Family Allowance Scheme wurde am 15. Januar 2015 vom Finanzausschuss des Legislativrats angenommen.

³ Im Februar 2014 ging die Hongkonger Regierung nach ihren Vorausberechnungen davon aus, dass die Haushaltssreserven bis Ende März 2015 eine Höhe von 755 Mrd. HKD oder 34 % des BIP Hongkongs erreichen würden.

⁴ Nach Auskunft der Behörde für Kredite und Bewertungen, des Credit and Valuation Department, der Regierung von Hongkong stieg der Preisindex für privates Wohneigentum im Dezember 2014 gegenüber dem Vorjahresmonat um 13,5 % auf 278,2 Punkte. Im Dezember 2013 war gegenüber dem Vorjahresmonat ein Sprung um 17,6 % von 206,2 auf 242,4 zu verzeichnen gewesen.

Innovation und Technologie wurden als tragende Säulen für die Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in den Bereichen Finanzdienstleistungen, Tourismus, Handel und Logistik sowie Produktions- und freiberufliche Dienstleistungen in den Vordergrund gestellt. Um beides zu unterstützen, förderte die Regierung ein unternehmensfreundliches Regelungsumfeld und Investitionen in die Infrastruktur. Beträchtliche Investitionen flossen in den Ausbau des Verkehrsnetzes, u. a. in den Bau der Brückenverbindung Hongkong-Zhuhai-Macau, den Streckenabschnitt Hongkong der Schnellbahnhlinie Guangzhou-Shenzhen-Hongkong und den Ausbau des Schienennahverkehrssystems innerhalb der City.

Hongkong ist zwar in seinen Hauptwirtschaftszweigen weiterhin außerordentlich wettbewerbsfähig, sieht sich aber zunehmendem Wettbewerb der Wirtschaftszentren auf dem Festland, wie Shanghai und Shenzhen, sowie anderer internationaler Finanzplätze ausgesetzt. Aufgrund des begrenzten Angebots an Bauland, der Einschränkungen bei der Infrastruktur und der steigenden Lohnkosten werden für die Dienstleistungsanbieter mit Sitz in Hongkong Parameter wie Qualität, Schnelligkeit und Innovation zusehends zu entscheidenden Wettbewerbsfaktoren. Im Regulierungsbereich ist Hongkong darum bemüht, ein faires und wettbewerbsfähiges Umfeld für die Wirtschaft aufrecht zu erhalten. Im Jahr 2014 war im Regulierungsbereich eine ganze Reihe von Entwicklungen zu verzeichnen, darunter die Umsetzung der Verordnung zum Wettbewerbsrecht, neue Ankündigungen zum Steuerrecht und Anstrengungen zur Bekämpfung der Geldwäsche.

Im Jahr 2012 wurde das erste umfassende Regelwerk zum Wettbewerbsrecht für Hongkong vom Legislativrat verabschiedet. 2013 wurde die Wettbewerbskommission für Hongkong eingerichtet und die Bestimmungen zum Wettbewerbsgericht traten in Kraft. 2014 veröffentlichten die Wettbewerbskommission und die Kommunikationsbehörde von Hongkong einen Entwurf für Leitlinien für die Umsetzung der Verordnung zum Wettbewerbsrecht.

Im September 2014 kündigte Hongkong die Angleichung an den neuen weltweit etablierten Standard für den automatischen Informationsaustausch zur Verbesserung der Transparenz im Steuerbereich und zur Bekämpfung der grenzüberschreitenden Steuerhinterziehung an. Wie die Regierung Hongkongs erklärte, wird es – vorbehaltlich der Annahme des entsprechenden Gesetzentwurfs bis zum Jahr 2016 – Ende 2018 erstmals möglich sein, Steuerinformationen auszutauschen.

Die Überprüfung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen zur Bekämpfung der Geldwäsche wurde fortgesetzt. Als Mitglied der Arbeitsgruppe „Finanzielle Maßnahmen gegen die Geldwäsche“ (Financial Action Task Force – FATF) steht für Hongkong 2018 eine Überprüfung an. Bei der letzten Prüfung im Jahr 2008 wurde die teilweise Einhaltung der FATF-Standards festgestellt und Verbesserungspotenzial konstatiert. Im Oktober 2012 erklärte die FATF allerdings, dass Hongkong „bei der Beseitigung der festgestellten Mängel deutliche Fortschritte erzielt hat“. Die FATF gelangte zu dem Schluss, dass Hongkong über eine wirkungsvolle Aufsicht zur Bekämpfung der Geldwäsche im Banken-, Versicherungs- und Wertpapierbereich verfügt, dass jedoch die Aufsicht in vielen Wirtschaftszweigen

außerhalb des Finanzsektors, z. B. in der Immobilienwirtschaft, unzureichend oder nicht existent ist.

BILATERALE BEZIEHUNGEN UND ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DER EU UND HONGKONG

Die bilateralen Beziehungen zwischen der EU und Hongkong wurden im Jahr 2014 weiterentwickelt und intensiviert. Hinter Festlandchina blieb die EU nach wie vor Hongkongs zweitgrößter Handelspartner,⁵ Hongkong seinerseits ist weiter ein wichtiger Akteur als Handelsdrehscheibe und Hauptverbindung für den Handel und die Investitionsströme in beide Richtungen zwischen der EU und Festlandchina.

Im bilateralen Warenhandel zwischen der EU und Hongkong war 2014 ein leichter Rückgang um 1 % auf 45,3 Mrd. EUR zu verzeichnen, der der EU einen Handelsbilanzüberschuss von 24 Mrd. EUR bescherte.⁶ Mit insgesamt 1937 Unternehmen stellte die EU weiter den größten Anteil der ausländischen Unternehmen in Hongkong.⁷ EU-Unternehmen sind in einem breiten Spektrum von Wirtschaftszweigen tätig, vor allem in den Bereichen Finanz- und Unternehmensdienstleistungen, Handel, Logistik, Baugewerbe und Einzelhandel; sie zählen zu den wichtigen Akteuren in Hongkongs Banken-, Versicherungs- und Wertpapiersektor. Folglich leben und arbeiten zahlreiche europäische Staatsbürger in Hongkong, darunter vor allem Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs und Frankreichs.

Zwischen der EU und Hongkong bestehen weiterhin florierende Investitionsbeziehungen. Die Abflüsse von EU-Direktinvestitionen nach Hongkong beliefen sich im Jahr 2013 auf insgesamt 10 Mrd. EUR, die Zuflüsse von Direktinvestitionen von Hongkong in die EU betrugen 3,9 Mrd. EUR. Die gesamten Direktinvestitionen der EU in Hongkong erreichten zum Jahresende 2013 eine Höhe von 88,5 Mrd. EUR, die Direktinvestitionen Hongkongs in der EU beliefen sich im selben Zeitraum auf 46,2 Mrd. EUR.

Hongkong behält seine Schlüsselfunktion als zentrale Schaltstelle für Handel und Investitionen zwischen der EU und China und bietet damit Wirtschaftsteilnehmern aus der EU beste Marktchancen. Mit einer beträchtlichen Anzahl an Unternehmen aus der EU, die im Rahmen der Vereinbarung über eine engere wirtschaftliche Partnerschaft (CEPA) zwischen Hongkong und Festlandchina als „Dienstleistungsanbieter mit Sitz in Hongkong“ registriert sind, zählt die EU zu den führenden Herkunftsregionen ausländischer Unternehmen, die die CEPA nutzen. Angesichts des Potenzials, das die CEPA bietet, wollen die EU und Hongkong einen regelmäßigen Austausch über die Entwicklungen bei der CEPA führen und Mittel und

⁵ Die Einstufung basiert auf der vom Hong Kong Census and Statistics Department veröffentlichten Handelsstatistik.

⁶ Quelle: Eurostat, Datenbank Comext.

⁷ Quelle: Jährliche Unternehmensumfrage 2014 des Hong Kong Census and Statistics Department unter Unternehmen in Hongkong, die Muttergesellschaften mit Sitz außerhalb Hongkongs vertreten.

Wege untersuchen, wie sich die Chancen, die die Vereinbarung bietet, für Unternehmen und Anleger aus der EU bestmöglich nutzen lassen.

Am 11. November 2014 fand in Brüssel im Rahmen der offiziellen bilateralen Beziehungen das achte Treffen des strukturierten Dialogs zwischen der EU und Hongkong statt. Hauptgesprächsthemen waren die Wirtschaftspolitik, der aufsichtsrechtliche Rahmen für den Finanzsektor, ein besserer Schutz des geistigen Eigentums und Hongkongs Entscheidung, den neuen weltweit etablierten Standard für den automatischen Austausch von Finanzinformationen in Steuersachen einzuführen. Außerdem tauschten sich beide Seiten über neue mittelfristige Ziele für die weitere Vertiefung der Beziehung aus.

Im Jahr 2014 besuchte eine Reihe hochrangiger Vertreter der EU-Organe die Sonderverwaltungsregion Hongkong. Michel Barnier, EU-Kommissar für Binnenmarkt und Dienstleistungen, stattete Hongkong im Januar einen Besuch ab, Algirdas Semeta, EU-Kommissar für Steuern, Zollunion, Statistik, Audit und Betrugsbekämpfung, kam im Mai in die SVR. Der Besuch von Kommissar Semeta trug zu positiven Entwicklungen in Hongkong in zwei Bereichen bei: beim automatischen Austausch von Finanzinformationen in Steuersachen und der Zusammenarbeit im Zollwesen sowie bei Fragen der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums. Eine Delegation von Abgeordneten des Europäischen Parlaments reiste im Januar nach Hongkong.

Der Chief Executive der SVR Hongkong, Leung Chun-ying, traf im Mai in Brüssel mit dem Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, und mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, zusammen. Bildungsminister Eddie Ng Hak-kim und Finanzminister Prof. K. C. Chan hielten sich 2014 ebenfalls zu Gesprächen mit ihren EU-Kollegen in Brüssel auf.

Die EU und Hongkong vereinbarten die Kooperation bei einem Aktionsplan mit dem Ziel, die Zusammenarbeit im Zollwesen weiter voranzutreiben, um den internationalen Handel mit Waren, die gegen die Rechte des geistigen Eigentums verstößen, in der gesamten Lieferkette zu bekämpfen.

Die Geschäftsinteressen europäischer Unternehmen in Hongkong werden in erster Linie von der Europäischen Handelskammer vertreten, die als Dachorganisation 14 europäische Handelskammern mit Sitz in Hongkong und eine Handelskammer in Macau sowie fünf „Business Councils“ repräsentiert. In Zusammenarbeit mit dem Büro der Europäischen Union in Hongkong führte die Europäische Handelskammer eine Vielzahl von Aktivitäten durch, die zum Ziel haben, den Dialog mit der Regierung zu erleichtern und Wirtschaft und Industrie der EU zu fördern. Die Europäische Handelskammer bewarb sich auch erfolgreich als Bieter für die nächste Phase des „European Union Business Information Programme“ (EUBIP), mit dem die Wirtschaftspartnerschaft und die Unternehmenszusammenarbeit mit Hongkong und Macau intensiviert und eine stärkere und besser koordinierte Vertretung der Unternehmen der EU und ihrer Interessen in Hongkong und Macau erreicht werden soll.

Die diplomatischen Vertretungen der EU und ihrer Mitgliedstaaten in Hongkong engagierten sich im Jahr 2014 weiter dafür, der EU in der SVR mehr Profil zu verleihen. Das Büro der

Europäischen Union in Hongkong richtete hierzu Treffen zwischen den Leitern der Vertretungen und führenden Mitgliedern der Regierung Hongkongs, des Legislativrats und der Justiz sowie weiteren führenden Persönlichkeiten aus.

Zusammen mit lokalen Partnern setzten sich die diplomatischen Vertretungen und Kulturinstitute der EU durch zahlreiche Aktivitäten für direkte Kontakte der Menschen untereinander ein. Zu den herausragenden Veranstaltungen zählten das EU-Filmfestival, die europäische Hochschulmesse, der EU-Kochwettbewerb, der EU-Sprachentag sowie ein Kalenderwettbewerb für Schulen. Außerdem kooperierten die EU und die Mitgliedstaaten mit der Kommission für Chancengleichheit und der Chinese University of Hong Kong beim ersten internationalen Symposium zur Förderung der Rechte von LGBTI. Die EU hofft darauf, diese Dynamik nutzen zu können, um ihre Zusammenarbeit mit der Regierung, der Zivilgesellschaft und der Wirtschaft zur Förderung des Gedankenaustauschs über Rechte und Freiheiten fortzuführen.

Das „EU Academic Programme Hong Kong“ (EUAP), ein Konsortium, zu dem sich die Hong Kong Baptist University, die University of Hong Kong, die Chinese University of Hong Kong und die Lingnan University zusammengeschlossen haben, engagierte sich weiter für die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und Hongkong durch wissenschaftliche Arbeit und die Vernetzung mit Partnern auf lokaler, regionaler und europäischer Ebene. 2014 präsentierte das EUAP in einer Veranstaltungsreihe europäische Konzepte für die Stadtentwicklung. Außerdem trat das EUAP erfolgreich als Gastgeber der „Model EU“ auf, eines Rollenspiels, bei dem Studierende in die Rolle von Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten bei einer Tagung des Europäischen Rates schlüpfen.